

**AMT DER WIENER
LANDESREGIERUNG**

und

MD-Verfassungs-
Rechtsmittelbüro
1082 Wien, Rathaus
40 00-82 325

MD-VfR - 581/99

Wien, 12. Mai 1999

Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Beamten-Kranken-
und Unfallversicherungsgesetz
(27. Novelle zum B-KUVG) und
das Karenzgeldgesetz geändert
werden;
Begutachtung;
Stellungnahme

zu GZ 21.155/1-11/99

An das
Bundesministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales

Auf das do. Schreiben vom 19. April 1999 gibt das Amt der Wiener Landesregierung nach Anhörung des Unabhängigen Verwaltungssenates Wien bekannt, daß gegen den im Betreff genannten Gesetzentwurf keine Bedenken bestehen.

Zu § 93 des gegenständlichen Entwurfes wird jedoch bemerkt, daß die Anfügung eines neuen Abs. 3a auch in den Abs. 1 und 4 dieser Bestimmung berücksichtigt werden müßte.

Gleichzeitig werden 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme an das Präsidium des Nationalrates übermittelt. Eine weitere Ausfertigung ergeht an die e-mail Adresse "begutachtungsverfahren@parlament.gv.at".

Für den Landesamtsdirektor: